



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

TÜRKEI BULLETTIN 05-2020

IMPRESSUM

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Projektbüro Türkei
Cumhuriyet Cad. No 107 D 2
Elmadağ-Istanbul 34473
Türkei

/fnst-turkey.org

Verfasser

Laura Kunzendorf
Dr. Ronald Meinardus (RM)

Redaktion

Dr. Ronald Meinardus

Stand

März 2020

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt.

Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Kontakt

Für Hinweise und Anregungen erreichen Sie die Redaktion unter turkey@fnst.org.



TÜRKEI BULLETIN 05/20

Berichtszeitraum: 02. – 16. März 2020

Inhalt: „Traurig, aber nicht beängstigend“ – Zweifel am Krisenmanagement der Regierung angesichts der Corona-Pandemie. Gift für Konsum und Tourismus – Der Coronavirus hat auch die türkische Wirtschaft infiziert. Erdogans Rivalen formieren sich – Ex-Wirtschaftsminister Ali Babacan gründet neue Partei. Ankaras Druckkulissen: Der militärischen Eskalation in Idlib folgt die Eskalation gegen Griechenland und Europa. Trübe Aussichten: Eine Mehrheit der Bevölkerung ist unzufrieden und pessimistisch.

„Traurig, aber nicht beängstigend“ – Zweifel am Krisenmanagement der Regierung angesichts der Corona-Pandemie

Am 11. März verkündete der türkische Gesundheitsminister Fahrettin Koca die „traurige, aber nicht beängstigende“ Nachricht des ersten bestätigten Corona-Falls in der Türkei. Bei Redaktionsschluss (Montag, 16.03.2020, 20 Uhr) lag die amtlich bestätigte Zahl der Infizierten bei 47.

Derweil gaben sich Präsident Erdoğan und Gesundheitsminister Fahrettin Koca zuversichtlich: „Kein Virus ist stärker als unsere Maßnahmen.“ Zuvor hatte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die türkischen Präventionsmaßnahmen als „umsichtig und wachsam“ gelobt. Inzwischen hat Ankara schärfere Regelungen angeordnet. Nachdem die Regierung zunächst Flüge nach China, Italien, Südkorea, Irak und den Iran verboten hatte, sind seit diesem Wochenende auch neun europäische Länder (Deutschland, Frankreich, Spanien, Norwegen, Dänemark, Belgien, Österreich, Schweden und die Niederlande) betroffen. Türkische Bürger, die von Auslandsreisen zurückkehren, müssen sich zudem ab sofort für 14 Tage in Selbstquarantäne begeben.

Wie in anderen Ländern beherrscht auch in der Türkei das Corona-Thema die öffentlichen Debatten und damit die Schlagzeilen der Medien: Die Maßnahmen der Regierung haben auch eine arbeitsrechtliche Diskussion ausgelöst. Da es keine gesetzliche Regelung der Selbstquarantäne gibt, wenden Unternehmen unterschiedliche Verfahren an. Zum Teil schicken sie ihre Angestellten in die Heimarbeit, andere wollen die in der Quarantäne verbrachte Zeit vom Jahresurlaub abziehen.

Turgut Tahanlı, Jura-Professor an der Istanbul Bilgi-Universität sieht diese Praxis kritisch: „Den Zwangsurlaub zu benutzen, um die Unternehmenskosten zu senken, verletzt die Menschenrechte.“ Der Jurist vergleicht die aktuelle Situation mit einer Naturkatastrophe; sie dürfe sich daher nicht negativ auf die Arbeitnehmerrechte auswirken.

Auf Anweisung der Regierung wurden die für Mitte April angesetzten Frühjahrsferien um einen Monat vorgezogen. Die Schulen werden geschlossen und der Unterricht soll nach einer Woche zunächst mithilfe von Fernunterricht über das Internet wiederaufgenommen werden. Als Dienst für den Kunden bietet der führende Telekommunikationsanbieter *TürkTelekom* seinen Kunden dafür drei Gigabyte mobile Daten gratis an.

Wie in anderen Ländern finden Sportveranstaltungen gar nicht mehr oder vor leeren Rängen statt. Bibliotheken sind geschlossen und die Regierung hat Bars und Diskotheken ebenfalls eine Zwangspause verordnet. Auch die politische Führung passt sich an: Präsident Erdoğan, der gerne und viel in der Welt herumfliegt, will bis auf Weiteres auf Auslandsreisen verzichten. Bei inländischen Treffen Erdogans kontrollieren Wärmebildkameras die Körpertemperaturen seiner Gesprächspartner. Das Parlament hat seine Tore für Besucher geschlossen, die Parteien alle größeren

Veranstaltungen abgesagt. Moscheen können zwar offen bleiben, erklärte das Amt für religiöse Angelegenheiten (Diyanet), jedoch dürfen dort keine größeren Zusammenkünfte mehr stattfinden und auch die Freitagsgebete fallen aus.

Das Maßnahmenpaket der Regierung stößt allgemein auf ein positives Echo. Selbst der CHP-Abgeordnete Eren Erdem, der nicht gerade für Lob an der Regierung bekannt ist, kommentierte über *Twitter*: „Als Mitglied der Opposition gratuliere ich dem Gesundheitsministerium. Die Maßnahmen (der Regierung) sind nicht schlecht...“.

Unterdessen gibt es Kritik an der Informationspolitik der Regierung. Spezialisten für Infektionskrankheiten beklagten laut dem Analyseportal *Al-Monitor*, nicht zeitnah Details zu den ersten Corona-Fällen erhalten zu haben. Die Virologin Özlem Azap von der Başkent-Universität in Ankara führt die vergleichsweise späte Bekanntgabe der ersten Corona-Infektion auf die geringe Zahl der Tests zurück. Wurden in Italien pro einer Million Einwohner rund 400 Tests, in Südkorea gar 2000 durchgeführt, lag die entsprechende Zahl in der Türkei Anfang des Monats bei lediglich 11. Bis zur Bekanntgabe der ersten Infektion hätten laut amtlicher Angaben nur 2000 Tests stattgefunden. Gesundheitsminister Koca rühmt sich derweil damit, das nationale Virologie-Labor habe den weltweit schnellsten Coronatest entwickelt, der nach nur 90 Minuten Ergebnisse liefere.

Die regierungsnahe Zeitung *Daily Sabah* vertritt die fadenscheinige Theorie, die in der Türkei verbreitete Nutzung von Eau de Cologne sei dafür verantwortlich, dass das gefährliche Virus das Land lange verschont habe. „Kolonya“, wie es in der Türkei heißt, ist weitverbreitet: Es wird Gästen gereicht, bei langen Busfahrten verteilt, beim Friseur angeboten und ist in fast jeder Handtasche zu finden. Das türkische Eau de Cologne hat einen Alkoholgehalt von bis zu 80% und eigne sich daher auch als Desinfektionsmittel. „Es könnte also die türkische Affinität für Kolonya sein, die sichergestellt hat, dass das Land so lange immun gegen die Viruskrise geblieben ist“, kommentiert *Daily Sabah*.

Derweil erstreckt sich die von der Regierung regelmäßig verwendete Praxis, Kritiker durch polizeiliche Untersuchungen oder Anklagen zum Schweigen zu bringen, auch auf die Corona-

Diskussionen. Der Oberstaatsanwalt von Istanbul hat Untersuchungen und Gerichtsverfahren gegen 29 Personen eingeleitet, die in den sozialen Medien Zweifel an den Maßnahmen der Regierung äußerten und somit laut der Staatsanwaltschaft „Angst und Panik“ verbreiteten.

Als möglichen Ansteckungsherd sehen Kritiker der Regierung die teilweise überfüllten Flüchtlingslager im Land. Als abschreckendes Beispiel nannte Özlem Azap von der Başkent-Universität eine Einrichtung an der türkisch-iranischen Grenze, in der sich 48 Menschen über zwei Wochen eine Toilette teilen mussten.

Ein potenzielles Risiko für die öffentliche Gesundheit stellen womöglich auch die Haftanstalten dar: In türkischen Gefängnissen sitzen derzeit nach amtlichen Angaben 290 000 Insassen ein; die Anstalten sind aber für nur maximal 220 000 Personen ausgelegt. Menschenrechtsaktivisten, wie die Anwältin Gülizar Tuncer, weisen darauf hin, dass die damit einhergehenden Zustände die Verbreitung des Virus begünstigen könnten: „Versetzen Sie sich in die Lage eines Insassen: Keine frische Luft, keine Sonne. Die Umgebung, die das Virus will, ist eine Umgebung ohne Sonne und frische Luft.“

Die Regierung kündigte inzwischen an, dass zu Gefängnisstrafen Verurteilte vor der Inhaftierung auf das Coronavirus untersucht und Infizierte nicht in die Gefängnisse gesperrt werden sollen. Auch Gefangenenbesuche sind für zwei Wochen ausgesetzt.

Gift für Konsum und Tourismus – Der Coronavirus hat auch die türkische Wirtschaft infiziert

China ist ein wichtiger Wirtschaftspartner der Türkei. Es liefert Zwischengüter wie Maschinen- und Elektroteile, die türkische Firmen für die Herstellung von Endprodukten benötigen. Das bilaterale Handelsvolumen betrug im vergangenen Jahr 21 Mrd. US-Dollar. Doch seit Ausbruch der Corona-Krise ist der Warenverkehr ins Stocken geraten.

Laut *Daily Sabah* müssen die Textil-, Auto-, Elektro- und Chemieindustrie, mit Lieferengpässen klarkommen. Diese verzögerten die Produktion; teilweise käme es auch zu Preisanstiegen. Da es

nicht möglich sei, kurzfristig neue Lieferketten aufzubauen, würde die aktuelle Krise das Wirtschaftswachstum negativ beeinflussen, prophezeit die Wirtschaftsprofessorin Selva Demiralp von der Istanbuler Koç-Universität.

Die Expertin befürchtet außerdem, dass sich vor allem die reduzierte Nachfrage nach Konsumgütern negativ auf die Volkswirtschaft auswirken werde. Quarantänemaßnahmen, die Konsumenten an ihre Wohnungen binden, Umsatz- und Lohninbußen durch zu erwartende Geschäftsschließungen und absehbare Entlassungen verunsicherten die Menschen und seien Gift für den Konsum, so die Professorin. Das betreffe insbesondere den Dienstleistungssektor – und hier vor allem den Tourismus. Der Fremdenverkehr hat der Türkei 2019 Einnahmen von knapp 35 Mrd. US-Dollar beschert und steuert rund 13% zum Bruttoinlandsprodukt bei. Im vergangenen Jahr kamen die meisten Touristen aus Russland, Deutschland, Bulgarien, Großbritannien und dem Iran. Alle diese Länder ringen derzeit selbst mit den Auswirkungen der Pandemie.

Wenn bei türkischen Tourismusunternehmen die Telefone klingeln, geht es derzeit nur um Stornierungen, berichtet Ali Kayalar auf der Analyseseite *Yetkin Report*. Turkish Airlines verzeichnet seit Mitte Januar einen Anstieg der Flugstornierungen um 50%. Der türkische Tourismusminister Mehmet Ersoy hat angeregt, den offiziellen Beginn der Tourismussaison auf April zu verschieben.

Die Ökonomin Selva Demiralp empfiehlt, die Kommunikation zwischen der Regierung und der verunsicherten Bevölkerung müsse transparenter werden. Denn erst wenn die Menschen das Vertrauen zurückgewinnen, würden sie wieder Geld ausgeben – und der negative Trend könne beendet werden.

Die türkische Zentralbank hat wenig Spielraum für Zinsschritte zur Stimulierung der Wirtschaft; sie hat das ihr zur Verfügung stehende Pulver bereits verschossen. Seit Juli 2019 hat sie den Leitzins in mehreren Schritten von 24% auf 11,25% gesenkt. Damit liegt der Zins unter der Inflationsrate von 12,4%. Investoren, die ihr Guthaben in Lira angelegt haben, klagen über negative Renditen.

In ihren neuesten Hochrechnungen hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OSZE) ihre Wachstumsprognosen für die Weltwirtschaft von 2,9% auf 2,4% runterkorrigiert. Die türkische Wirtschaft werde laut Prognose um 2,7% wachsen. Dieser Wert liegt weit unter dem 5-Prozent-Wachstumsziel, das Ankara gesetzt hat.

Erdoğan's Rivalen formieren sich – Ex-Wirtschaftsminister Ali Babacan gründet neue Partei

(RM) Der Austragungsort hatte Symbolwert. Für den Gründungskongress der „Demokratie und Fortschrittspartei“ (DEVA) wählte der langjährige Wirtschaftsminister Ali Babacan das Belkent Hotel in Ankara. An eben diesem Ort war vor 19 Jahren die AKP, die seither regierende Partei von Präsident Erdoğan, aus der Taufe gehoben worden. Damals schon dabei war der Mann, der nun im Rampenlicht stand und seit seinem Bruch mit Erdoğan im Sommer vergangenen Jahres zu dessen gefährlichsten Herausforderern zählt: Ali Babacan.

Im politischen Betrieb der Türkei ist der 53-jährige Babacan kein Unbekannter. Im Jahre 2002 erstmals ins Parlament gewählt, stieg Babacan im für die Türkei zarten Alter von 35 Jahren als jüngster Minister der türkischen Geschichte ins Kabinett auf. Als Außenminister verantwortete Babacan zeitweilig die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union. Einen Namen machte er sich dann vor allem als „Wirtschaftschar“: In seine Amtszeit als Wirtschaftsminister fällt der phänomenale ökonomische Aufstieg der Türkei.

Diese fetten Jahre gehören zur Geschichte. Und Parteigründer Babacan sieht in der Politik von Präsident Erdoğan die Hauptursache für den Rückfall. „Wenn ich die Probleme der Türkei auflisten würde, würde ich fehlende Freiheiten, vor allem die Meinungsfreiheit, an erster Stelle nennen“, sagte Ali Babacan vor türkischen Studenten. „Die Tatsache, dass es keine Toleranz gegenüber Kritik gibt, hat die Probleme der Türkei verschärft.“

Seine Partei positioniert er rechts von der Mitte. Wirtschaftsliberal und pro-europäisch sind Attribute, die Babacan verkörpert und die, so die Strategen, die neue Formation prägen sollen.

Babacan hat mehr als einmal die „Ein-Mann-Herrschaft“ Erdoğan kritisiert. Auch hat er den Wechsel zum Präsidialsystem als einen Fehler bezeichnet und eine Rückkehr zur parlamentarischen Ordnung verlangt. Gleichwohl ist die neue Partei nicht auf Konfrontation aus: „Diese Partei wird niemandem Verrat vorwerfen und niemanden zum Feind erklären“, sagt Mustafa Yeneroğlu, der aus Köln stammende Abgeordnete, der sich wie Babacan von der AKP losgesagt hat und der DEVA-Partei als Gründungsmitglied angehört.

Yeneroğlu, Babacan und andere Mitstreiter haben ein Glaubwürdigkeitsproblem. Viele Regierungsgegner werfen den Parteigründern vor, zu lange mit Erdoğan gemeinsame Sache gemacht zu haben und mithin für die aktuellen Verhältnisse mitverantwortlich zu sein.

Ali Babacan geht mit den Vorwürfen offensiv um: „Bis 2015 war ich Mitglied der Regierung; es ist daher unmöglich, eine Mitverantwortung zu leugnen. Aber seit 2015 hatte ich keine Autorität mehr“, so Babacan in einem Fernsehinterview.

Programmatisch und strategisch hat es die DEVA-Partei vor allem auf die Wähler der AKP und ihres rechtsextremen Koalitionspartners MHP abgesehen. Unter den Gründungsmitgliedern finden sich neben Technokraten sowie auffallend vielen Frauen und Jugendlichen auch ranghohe Militärs und Vertreter des rechten Spektrums.

Der Gründungskongress fiel zeitgleich mit der Ankündigung der ersten Coronavirus-Infektion zusammen. Obwohl das Coronavirus seither auch in der Türkei alle Kanäle beherrscht, gelang es Babacan einen Teil der Aufmerksamkeit für sich zu behaupten.

Dabei geht es vor allem um die Auswirkungen der Parteigründung auf die politischen Machtverhältnisse in Ankara. Erdoğan's AKP befindet sich im Zuge der wirtschaftlichen Probleme und der alles andere als populären außenpolitischen Eskapaden in einem Umfragetief. Meinungsforscher verorten die Partei Babacans derweilen im unteren einstelligen Bereich.

Angesichts der in der Türkei geltenden Zehn-Prozent-Hürde bei Parlamentswahlen, stellt die Dissidenten-Partei somit keine ernsthafte

Bedrohung für die Mehrheitsverhältnisse im Parlament von Ankara dar. Doch seit der von Erdoğan vorangetriebenen Volksabstimmung von 2017 ist ein Präsidialsystem in Kraft. Den Ton in der Türkei gibt der Präsident an, nicht das Parlament.

Die nächste Wahl findet turnusmäßig 2023 statt. Zur Wiederwahl benötigt der Amtsinhaber eine Mehrheit von über 50 Prozent der Stimmen. Bei den letzten Wahlen kam Erdoğan nur dank der Unterstützung der nationalistischen MHP über diese Marke. Wenn die AKP nun einen Teil der Stimmen an die neuen Parteien verliert – die DEVA ist nicht die einzige Formation von AKP-Rebellen – könnte es eng werden für den Präsidenten.

Bereits Mitte Dezember hatte der frühere Außenminister und Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu eine Partei gegründet. Seine „Zukunftspartei“ ist im Unterschied zu DEVA eher islamisch-konservativ orientiert; die programmatisch-ideologischen Unterschiede sind offenkundig und zeigen sich nicht zuletzt in den Persönlichkeiten der beiden Parteiführer. Berk Esen von der Bilkent-Universität in Ankara sieht in Ali Babacan den gefährlicheren Herausforderer für Erdoğan: „Die neue Partei ist womöglich ein härterer Schlag für Erdoğan als die Abkehr der Gruppe um Davutoğlu. Viele feiern Babacan als einen sehr erfolgreichen Technokraten, der die türkische Wirtschaft durch viele Jahre mit eindrucksvollem Wachstum geführt hat“, sagt der türkische Politologe und verweist dabei auf die enorme Bedeutung, die ökonomische Kompetenz angesichts der wirtschaftlichen Probleme der Türkei haben kann.

Die Kommunalwahlen des vergangenen Jahres haben gezeigt, dass ein breites Bündnis der Oppositionsparteien selbst in den vermeintlichen Hochburgen der AKP sensationelle Erfolge einfahren kann. Die neuen Parteien, allen voran DEVA, hat das Zeug, zum Zünglein an der Waage zu werden. Dieser Meinung ist auch Islam Özkan: „Wenn DEVA zusammen mit (Davutoğlus) Zukunftspartei eine harmonische Beziehung mit dem Oppositionsblock entwickelt, wird die Türkei in eine neue politische Phase eintreten, an deren Ende die Überwindung der gegenwärtigen autoritären Strukturen stehen wird.“

Ankaras Druckkulissen: Der militärischen Eskalation in Idlib folgt die Eskalation gegen Griechenland und Europa

(RM) Ankaras Außenpolitik stand in den zurückliegenden Wochen im Zeichen der Lage im nordwestsyrischen Idlib sowie der damit verbundenen Eskalation an der türkisch-griechischen Grenze. Als Reaktion auf die Tötung von über 50 türkischen Soldaten durch die gemeinsam operierenden syrischen und russischen Truppen, öffnete Präsident Erdoğan am 28. Februar die Grenzen zu Griechenland. Ankara ist von der Sorge getrieben, dass die Eskalation in Idlib, wo über eine Million Menschen in unmittelbarer Nähe der türkischen Grenze Zuflucht gefunden haben, zu einer neuen Massenflucht in die Türkei führen könnte. „Der einzige Weg, eine weitere Flüchtlingswelle in die Türkei zu verhindern, ist die Kampfhandlungen in und um Idlib einzufrieren“, schreibt Talha Köse in der regierungsnahen *Daily Sabah*.

Russlands Präsident Wladimir Putin ist längst die unumstrittene Schlüsselfigur im Syrien-Krieg; mit ihm hat Erdoğan in den zurückliegenden Jahren mehrere Absprachen in Bezug auf das Nachbarland getroffen. Anfang März reiste der türkische Präsident abermals nach Moskau. Nach fünfständigen Verhandlungen zeigte sich Erdoğan zufrieden: „Unser Ziel war ein dauerhafter Waffenstillstand und diesen haben wir erreicht“, sagte der Präsident. Die Opposition daheim und viele Beobachter sahen das anders. Faik Öztrak, Sprecher der größten Oppositionspartei CHP, nannte das Treffen im Kreml „das größte Fiasko in der Geschichte der Republik“. Tatsächlich gab Ankara bei den Gesprächen seinen Segen zu erheblichen Geländegewinnen der syrischen Regierungstruppen, der türkische Einflussbereich in der Provinz Idlib schrumpfte weiter zurück.

Die Türkei hält weiterhin an ihrem Plan fest, auf syrischem Boden eine von ihr kontrollierte Sicherheits- oder Pufferzone einzurichten, um dort syrische Flüchtlinge anzusiedeln. „Wir erwarten einen dauerhaften Waffenstillstand und ein Umfeld für die Rückkehr von über einer Million unschuldiger Geflüchteter, davon 81 Prozent Frauen und Kinder“, sagte Verteidigungsminister Hulusi Akar nach der türkisch-russischen Vereinbarung. Doch die

Waffenruhe ist brüchig, viele Beobachter sind der Meinung, es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Assad-Truppen ihren Vormarsch fortsetzen.

Die vielbeschworene „Männerfreundschaft“ zwischen Putin und Erdoğan hat nach Meinung türkischer Kommentatoren Schaden genommen. Daher richtet sich der Blick Erdoğan wieder verstärkt gen Westen. Um die Europäer unter Druck zu setzen, zog Erdoğan die „Flüchtlingskarte“. Unabhängige Quellen bestätigen übereinstimmend, dass der Massenandrang an der türkisch-griechischen Grenze politisch gesteuert war. Innenminister Süleyman Soylu koordinierte die Kampagne vor Ort und setzte die Medien gezielt ein. „Rund 137 878 Flüchtlinge haben die Grenze nach Griechenland bereits überquert“, sagte der Minister am 5. März dem Fernsehsender *CNN Türk*. Wenig später setzte Soylu nach: „Über eine Million Flüchtlinge werden bald nach Europa gehen, europäische Regierungen werden stürzen und die Wirtschaften werden destabilisiert, die Aktienmärkte zusammenbrechen. Sie können nichts dagegen tun“, so der Innenminister wenig diplomatisch. Ankaras verbale Attacken gipfelten in massiven Beschimpfungen seitens Präsidenten an die griechische Adresse: „Es gibt keinen Unterschied zwischen den Bildern von der griechischen Grenze und was die Nazis gemacht haben“, polterte Präsident Erdoğan. In Athen, aber auch im Rest der EU stieß das türkische Vorgehen nicht auf Zuspruch, von Nötigung, ja Erpressung war die Rede.

„Was einige als Erpressung bezeichnen, kann auch als verzweifelter Hilferuf interpretiert werden“, kommentierte die Journalistin Barçın Yinanç in *Hürriyet Daily News*. Erdoğan's Regierung sucht händeringend nach westlichem Beistand in der Auseinandersetzung mit Putin. „Was die Türkei sofort will, ist starke Unterstützung der westlichen Verbündeten gegenüber Russland“, so die Journalistin. Um diese Unterstützung zu mobilisieren, reiste Erdoğan zu Gesprächen mit den Spitzen der NATO und der EU nach Brüssel. Bei der Verteidigungsallianz ging es um militärischen Beistand an der syrischen Grenze, bei der EU um die Zukunft des Flüchtlingsdeals – und um mehr Geld. Das Klima sei unterkühlt gewesen, berichten die Korrespondenten. Das Feilschen um Geld und Beistand wird in den kommenden Tagen – vermutlich im Zuge der Corona-Pandemie mit weniger Elan – fortgeführt werden.

Laut Berichten der *New York Times* hat Ankara die Grenzen zu Griechenland als Zeichen des guten Willens mittlerweile wieder geschlossen. Zu Redaktionsschluss ließen sich diese Berichte nicht verifizieren, das türkische Außenministerium dementierte eine mögliche Kursänderung in der Flüchtlingspolitik. Doch auch laut UN und EU-Kommission sind die Zahlen der Flüchtlinge an der griechisch-türkischen Grenze in den vergangenen Tagen stark zurückgegangen.

Trübe Aussichten: Eine Mehrheit der Bevölkerung ist unzufrieden und pessimistisch

Das Meinungsforschungsinstitut *Metropoll* hat im Februar eine repräsentative Umfrage zur Zufriedenheit der Bevölkerung mit ihrem Lebensstandard durchgeführt. Nur jeder Fünfte beantwortete die Frage „Sind Sie zufrieden mit Ihrem Lebensstandard?“ mit „Ja“. Zwei von fünf Befragten gaben an, sie seien unzufrieden, jeder Dritte bezeichnete sich weder als zufrieden noch als unzufrieden.

Entscheidendes Kriterium für die Antworten – so ergibt die Untersuchung – sind nicht das Geschlecht, das Alter oder der Bildungsgrad. Ausschlaggebend für den „Gemütszustand“ sind das Einkommen und die politische Affinität. Über die Hälfte der Befragten mit einem Monatseinkommen unter 1000 TL (ca. 145 €) gaben an, unzufrieden zu sein; weniger als 5 % aus dieser Einkommensgruppe bezeichneten sich als zufrieden. Demgegenüber ist jeder Dritte mit einem Einkommen von mehr als 4000 TL (ca. 570 €) mit seinem Lebensstandard zufrieden.

Den größten Frust über ihren Lebensstandard äußerten Wähler der Oppositionsparteien CHP („Republikanische Volkspartei“) und HDP („Demokratische Partei der Völker“). Von ihnen ist nicht einmal jeder Zwanzigste zufrieden mit seinem Lebensstandard. Bei den Wählern der Regierungsparteien AKP („Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“) und MHP („Partei der Nationalistischen Bewegung“) sieht das Bild ganz anders aus: Hier zeigt die Studie Zufriedensheitswerte von 41 % bzw. 24%.

Zum besseren Verständnis lohnt ein genauerer Blick

auf das Verhältnis von Einkommen und Lebenshaltungskosten. In einer weiteren Metropoll-Studie zeigte sich die – so die Agentur – „schockierende Realität“ des Ungleichgewichts im Einnahmen-Ausgaben-Verhältnis. Knapp 60% der Menschen müssen regelmäßig mehr Geld ausgeben, als sie erwirtschaften. Das heißt: Eine große Mehrheit lebt auf Pump!

Der aktuelle Mindestlohn beträgt 2325 TL netto (ca. 330 €). Laut Schätzungen ist mindestens jeder Dritte Arbeiter im informellen Sektor beschäftigt, wo – das ist vielfach belegt – die Löhne noch niedriger sind. Laut dem Gewerkschaftsverband *Türk-İş* lag die Armutsgrenze für eine vierköpfige Familie 2019 bei rund 7000 TL (ca. 1000 €), die „Hungergrenze“ (das absolute Minimum zur Ernährung) bei rund 2200 TL (ca. 315 €). Einer normalen Familie ist es daher kaum möglich mit dem Mindestlohn, der in der Türkei ein wichtiger Referenzwert für Gehälter ist, über die Runden zu kommen.

Nicht viel besser sieht es laut der Umfrageergebnisse mit den Erwartungen zur Zukunft aus: 60% aller Befragten rechnen mit einer Verschlechterung ihrer Lebensumstände. Noch dunkler ist der Ausblick der CHP- und HDP-Wähler. Von diesen gehen 80% bzw. 90% von einer Verschlimmerung aus. Selbst unter Wählern der regierenden AKP und MHP erwarten deutlich weniger als die Hälfte, 40% bzw. 10%, eine Verbesserung ihrer Lebenssituation.

